

Leitartikel zur Abstimmung über die 10-Millionen-Initiative

Das Bein amputieren wegen eines Kreuzbandrisses?

Wenn Sie auf der Wanderung einen Kieselstein im Schuh haben, brechen Sie dann den Ausflug ab? Wenn das Velo einen Platten hat, schmeissen Sie es weg? Und würden Sie sich wegen eines Kreuzbandrisses das Bein amputieren lassen?

Falls Sie alle drei Fragen mit Nein beantworten, dann sollten Sie am 14. Juni ebenfalls Nein sagen zur Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz. Sie bietet genauso krass falsche Lösungen für die Probleme der Zuwanderung wie die drei genannten Beispiele.

Ja, zu Stosszeiten ist es eng in Bahnhöfen. Auf Autobahnabschnitten staut sich der Verkehr. Wer eine Wohnung sucht, sieht sich zu oft vor die Wahl gestellt: mehr bezahlen oder länger pendeln. Und unter Asylbewerbern gibt es eine Gruppe junger Männer, deren Verhalten jeder Beschreibung spottet. Das Rezept, das die SVP mit ihrer sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative dagegen anbietet, ist verlockend: Wir setzen der Zu-

wanderung ab 9,5 Millionen Einwohnenden enge Grenzen. Also etwa ab dem Jahr 2032. Und bei 10 Millionen riegeln wir uns ab – egal, was das kostet.

Denn dass ein Ja zur 10-Millionen-Initiative etwas kostet, daran besteht kein Zweifel. Die überwiegende Mehrheit der Menschen, die aus der EU einwandern, kommt zum Arbeiten. Auf dem Bau, in den Spitälern, in den Altersheimen. Dort werden sie gebraucht. Jetzt schon – und in Zukunft noch mehr. Bereits in 30 Jahren kommen laut Szenarien des Bundes auf hundert Erwerbstätige 43 Rentner. Rund zwei Berufstätige müssen dann für das Auskommen eines Rentners sorgen: mit ihren AHV-Abgaben, mit Pflege und Betreuung.

Mit einem konsequent umgesetzten Zuwanderungsdeckel verschärfen wir dieses Problem auf Kosten der AHV-Kasse und der alten Menschen: Die Schweiz wird zum Altersheim – mit einem Mangel an Pflegefach-

leuten. Wie liesse sich das vermeiden? Mit Robotern im Altersheim? Dem Arzt aus dem Call-Center im Ausland? In den letzten Tagen rückte ein anderer unpopulärer Ansatz in den Fokus: länger arbeiten. Es zeichnet sich ab: Wer Ja stimmt zur SVP-Initiative, sagt Ja zur Erhöhung des Rentenalters – auf mindestens 67. Das ist ein realistisches Szenario.

Vielleicht wenden Sie jetzt ein: Ja, das ist der Preis, den nehme ich in Kauf. Bloss: Löst die Initiative denn auch die erwähnten Probleme? Wohl kaum. Der Bund dürfte im Arbeitsmarkt Kontingente anbieten, so hoch, wie sie die Wirtschaft benötigt – wie vor der Personenfreizügigkeit. Schon damals kamen Zehntausende. Einfach als Saisoniers ohne Familie, was zu Trennungen und illegal anwesenden Kindern führte. Es war ein herzloses Regime, das sich niemand ernsthaft zurückwünschen kann. Oder die Unternehmen rekrutieren mehr Grenzgänger. Diese müssten oft weiter ins Land hinein pendeln als heute – mit vollen Zügen

und Staus als Folge. Genau, was wir nicht wollen.

Aber was ist denn zu tun gegen die Nebenwirkungen der Zuwanderung? Herzchirurg Thierry Carrel hat es im Interview richtig gesagt: Es braucht einen sorgfältigeren Umgang mit der Personenfreizügigkeit. Wer eine offene Stelle zu besetzen hat, soll zuerst im Inland schauen, in die Aus- und Weiterbildung seiner Angestellten investieren. Und nicht einfach zur billigsten Lösung greifen, dem nächsten Angestellten aus dem Ausland. Gefragt ist eigenverantwortliches Handeln, kein bürokratisches Kontingentsystem.

Im Asylbereich fordert die 10-Millionen-Initiative im Wesentlichen, was mit der Ausschaffungsinitiative schon in der Verfassung steht: hartes Durchgreifen gegen kriminelle Ausländer, die das Asylrecht missbrauchen. Das ist ein Dauerauftrag an den Bundesrat. Beim Ausbau der Infrastruktur gilt es, schneller zu werden und vor allem ambitionierter:

Dass Bahnausbauten Jahrzehnte dauern, ist unerträglich. Und bei den Mietwohnungen braucht es eine Beschleunigung der Verfahren für Neubauten und mehr preisgünstige Wohnungen. Denn tatsächlich ist der Leerwohnungsbestand heute kaum kleiner als zu Beginn der Personenfreizügigkeit, die freien Wohnungen sind aber oft zu teuer.

Zum Schluss noch das: Lassen Sie beim Wandern oder auf der Velotour den Blick über die Wälder, Seen und Berge schweifen. Lassen Sie sich weder von Kieselsteinen noch einem Platten vom Weg abbringen. Und lassen Sie sich nicht einreden, die Schweiz sei nicht mehr schön.



Stefan Bühler
stefan.buehler@chmedia.ch

Börsenboom

Zweierlei Grauen zur Wahl

An der US-Börse zeigt sich schon seit Jahren eine seltsame Parallellität der Ereignisse. Einerseits sind da die Indizes zu den Börsenkursen, die von Rekord zu Rekord eilen. Trotz aller Zölle von Trump. Trotz Iran-Krieg. Trotz steigender Energiepreise. Nichts kann sie aufhalten. So hat der S&P ein neues Allzeithoch erreicht.

Andererseits steigen auch jene Indikatoren immer höher, die eine Übertreibung signalisieren. Der gruseligste Indikator aus diesem Kabinett des Grauens war bisher jener des Nobelpreisträgers Robert Shiller. Dessen KGV-Indikator setzt Kurse und Gewinne in ein Verhältnis: Je höher die Aktienkurse im Verhältnis zu den Gewinnen, desto schauriger ist das Bild.

Dieser Indikator liegt aktuell nur noch zwei Punkte tiefer als um die Jahrtausendwende herum, als die Investoren während des Internet-Hypes den Sinn für die Relationen ver-

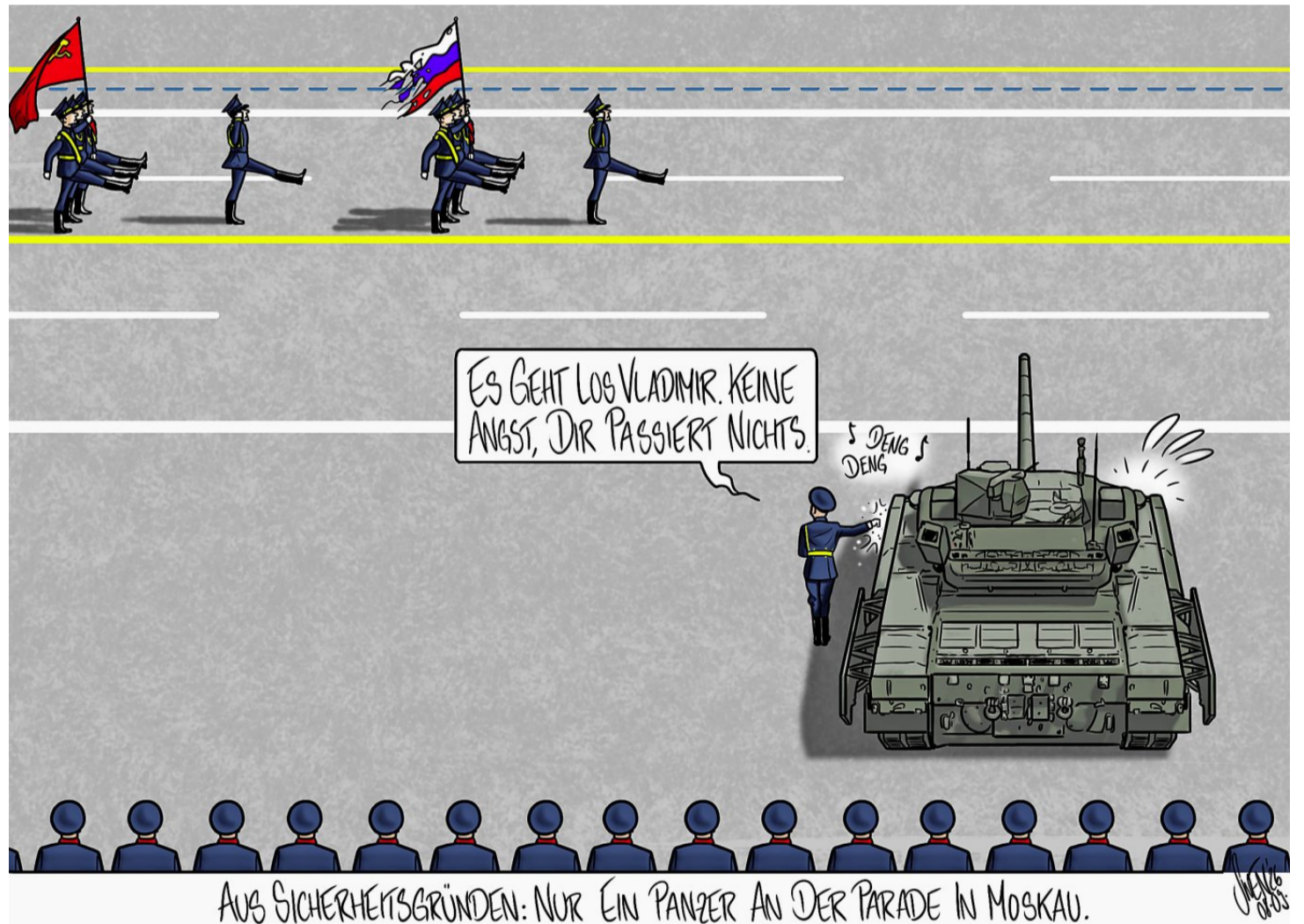
loren. Sonst lag dieser Index nie höher. Nie in den letzten 150 Jahren. Nicht einmal im Boom der 1920er-Jahre. Nie.

Eine Zugabe ins Kabinett des Grauens kam diese Woche von der UBS, wie die «Financial Times» berichtet. Laut UBS haben noch nie so wenige Unternehmen in bedeutendem Ausmass zum S&P500 beigetragen wie jetzt. In normalen Zeiten sind es ungefähr 100 – zurzeit 42. Nur gerade fünf Unternehmen haben die Hälfte zum jüngsten Höhenflug beigetragen – allesamt Tech- und KI-Konzerne.

So weit, so schaurig. Doch der Börsenboom hat bisher nicht nur alle Krisen überstanden. Er hat auch alle Warner regelrecht überfahren. Sich gegen diesen Boom zu stellen, ist ebenso gruselig wie alle Warnsignale aus dem Horrorkabinett der Krisen-Indikatoren.

Niklaus Vontobel
niklaus.vontobel@chmedia.ch

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



Vor Teneriffa wartet ein Kreuzfahrtschiff, auf dem das Hantavirus kursiert

Kein Grund, die Ferienpläne zu ändern

Erinnerungen werden wach: Auch Sars-CoV-2 reiste vom chinesischen Wuhan um die ganze Welt und führte zu schweren Erkrankungen und Tod.

Nun reist das Hantavirus mit einem Kreuzfahrtschiff übers Meer. Genau diese schwimmenden Städte waren zu Beginn der Corona-Pandemie auch an der Ausbreitung von Sars-CoV-2 beteiligt. So ver-

wundert es nicht, dass die Behörden auf Teneriffa keine Freude daran haben, dass das Kreuzfahrtschiff Hondius mit möglicherweise infizierten Passagieren auf einen ihrer Häfen zusteuert.

Das natürliche Reservoir für das Hantavirus bilden Nagetiere. Mäuse und Ratten scheiden die Viren mit ihrem Urin und Kot aus, weshalb Menschen sich anstecken können.

Hantaviren gibt es weltweit, doch die verschiedenen Typen unterscheiden sich stark.

Angesteckt haben sich die Schiffspassagiere am südamerikanischen Andes-Virus. Ausgerechnet mit dem einzigen Hantavirus, bei dem nachgewiesen ist, dass es über Tröpfchen und Aerosole von Mensch auf Mitmensch übertragen werden kann. Dieses Andes-Virus, an dem drei Menschen

gestorben sind, trägt auch der Schweizer Passagier, der nun in Zürich behandelt wird.

Die Folgen einer Ansteckung können dramatisch sein. Die in Nord- und Südamerika existierenden Typen wie das Andes-Virus sind tödlicher als die europäischen Varianten. Sie können zu Lungenödemen und Lungenversagen führen. Bis zu 50 Prozent dieser Fälle enden mit dem Tod der Betrof-

fenen. Zudem gibt es keine gesicherte, gezielte Therapie zur Behandlung einer Infektion mit dem Andes-Virus, auch keine Impfung.

Trotzdem ist eine Pandemie nicht möglich. Ein Risiko der Mensch-zu-Mensch-Übertragung besteht zwar grundsätzlich, aber selbst naher Kontakt im gemeinsamen Haushalt führt nur in wenigen Fällen zu einer Infektion. Gemäss

dem Bundesamt für Statistik gab es im Zeitraum von 1995 bis 2024 in der Schweiz nur einen Todesfall im Zusammenhang mit dem durch das Hantavirus verursachten hämorrhagischen Fieber, nämlich im Jahr 1999. Die Ferienpläne wegen des Hantavirus zu ändern, ist unnötig, Panik wäre fehl am Platz.

Bruno Knellwolf
bruno.knellwolf@chmedia.ch

«Limmi» behandelte 2025 über 100'000 Patienten

Das Spital Limmattal meldet ein solides Jahresergebnis und treibt die Digitalisierung voran.

Das «Limmi» ist auf Kurs. Das Schlieremer Spital verzeichnete 2025 ein Wachstum bei den Patientenzahlen, wie dieses mitteilt: Die Anzahl stationäre Patientinnen und Patienten erhöhte sich im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent, die Anzahl ambulante um 0,9 Prozent. Wie dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht 2025 zu entnehmen ist, behandelte das Spital Limmattal 12'890 stationäre und 89'919 ambulante Patientinnen und Patienten. Hinzu kamen 6784 Rettungsdienst-Einsätze.

«Insgesamt resultierte über alle drei Geschäftsbereiche – Akutspital, Pflegezentrum und Rettungsdienst – hinweg ein Umsatzanstieg um 6 Millionen auf 247 Millionen Franken», heisst es in der Mitteilung weiter. Der resultierende Gewinn

von 372'000 Franken werde nun vollständig dem Eigenkapital zugewiesen. So werde die finanzielle Basis des Spitalverbands gestärkt. Die Delegierten des Spitalverbands hiessen die Rechnung 2025 an ihrer Versammlung am Mittwochabend gut.

Durchgängige digitale Betreuung ist das Ziel

Intern war das vergangene Jahr im Spital Limmattal von der Einführung des neuen Klinikinformationssystems Kisim im September geprägt. Dem ging eine mehrjährige Vorbereitungszeit voraus, heisst es in der Mitteilung. Vor dem Hintergrund, dass gleichzeitig auch noch Vorbereitungen für den Wechsel zum neuen Tarifsysteem Tardoc und die Einführung der ambulanten

Pauschalen per Anfang 2026 erfolgten, bewertet das Spital das Jahresergebnis als «überaus solide».

«Mit der Einführung von Kisim im Akutspital und Pflegezentrum wurde eine zentrale Grundlage für die nachfolgenden Digitalisierungsschritte geschaffen», heisst es. Weitere Entwicklungen wie eine Patienten-App oder ein Zuweisenden-Portal seien in Vorbereitung. So werde eine durchgängige digitale Betreuung möglich.

«Ziel bleibt es, die Rahmenbedingungen, Prozesse und Schnittstellen kontinuierlich zu verbessern sowie die finanzielle Stabilität zu gewährleisten», heisst es. So solle mehr Zeit für das Wesentliche, nämlich die Arbeit mit den Menschen, bleiben. (*vir*)